

Vorwort

Der Medienmarkt ist in Bewegung. Jahrzehntlang tradierte Mediengenres scheinen sich in konvergenten Entwicklungen, crossmedialen Strategien und einer »content production« aufzulösen. Die Wettbewerbssituation, bisher auf einzelne Mediensektoren beschränkt, erweitert und verschärft sich. Damit verbunden sind neue medienübergreifende Konzentrationsbewegungen und gravierende Veränderungen der journalistischen Arbeitsbedingungen. In dieser Situation stellen sich die Fragen, ob und wie die Medien ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen bzw inwieweit und warum sie dabei versagen und mit welchen Mitteln gegengesteuert werden kann, mit besonderer Brisanz. Sie bildeten den Ausgangspunkt einer Veranstaltungsreihe des Zentrums Sozialwissenschaften der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die unter dem Titel »Medien und Recht« zwischen November 2008 und Januar 2010 in Wien stattfand. Die Vorträge, die verschiedene Aspekte aus kommunikations- und rechtswissenschaftlicher Sicht ansprachen, werden in der vorliegenden Buchpublikation dokumentiert.

Im Kern ging es in der Vortragsreihe und geht es in diesem Buch um die Frage, ob die Erwartungen, die die Grundrechte mit der Gewährleistung von Medienfreiheit verbinden, in der heutigen Realität überhaupt noch eingelöst werden. Das führt zum Problem der Medienregulierung, die teilweise dem Medienrecht (bzw dem allgemeinen Recht) obliegt, aber auch darüber hinausweist. So interessieren hier einerseits die Grenzen gegenwärtiger rechtlicher Regelungen sowie die Möglichkeiten weiterführender Regulierungsinstrumente (wie sie derzeit auch in der Diskussion um den Entwurf der neuen Medienrechtsnovelle zur Sprache kommen). Andererseits sind aber auch Formen einer Selbstregulierung bzw Co-Regulierung denkbar, wie sie etwa im Hinblick auf die Online-Medien auch in der neugefassten EU-Richtlinie über die audiovisuellen Mediendienste angesprochen werden. Für sie steht der Begriff der »Media Governance«. Dabei geht es nicht nur um eine (längst fällige) Wiederbelebung des alten, 2001 aufgelösten Presserats, sondern um umfassende, mediensektorenumspannende Kontrolleinrichtungen mit breiter gesellschaftlicher Trägerschaft und hoher Durchset-

zungskompetenz. Ob rechtliche Steuerung oder Verpflichtung zu mehr Eigenverantwortung: in jedem Fall sind medienpolitische Entscheidungen gefragt. Univ.-Prof. Dr. Walter Berka vom Institut für Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Universität Salzburg und Prorektor Univ.-Prof. Dr. Otfried Jarren vom Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich nehmen dazu in ihren Beiträgen Stellung.

Aus der breiten Palette medienpolitisch und medienrechtlich relevanter Probleme greift dieses Buch zwei der wohl brisantesten heraus: die journalistische Pflicht zur Wahrhaftigkeit und die sachgerechte Haftung der Massenmedien.

Die Diskussion zur Wahrhaftigkeitspflicht geht davon aus, dass es nicht nur die rechtlich anerkannte Aufgabe der Medien ist, Informationen über Belange des öffentlichen Lebens mitzuteilen, sondern dass die Öffentlichkeit auch ein Recht hat, diese zu erhalten. Was ist aber, wenn die übermittelten Informationen fehlerhaft oder verzerrt sind? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das Medienpublikum und sein Recht auf – korrekte – Information? Die Brisanz dieser Fragestellung hängt damit zusammen, dass es einerseits um den Schutz vielfältiger Interessen der Medienkonsumenten und der von Fehlmeldungen Betroffenen geht. Andererseits spielen aber die für die westlichen Demokratien sehr wesentlichen Grundsätze der Medienfreiheit und der freien Meinungsäußerung eine maßgebende Rolle. Es prallen hier zwei gegenläufige Interessen aufeinander, so dass die Rechtsordnung eine schwierige Aufgabe zu lösen hat: Die Gewährleistung ausreichenden Schutzes der Informationsempfänger sowie der von Meldungen Betroffenen und auf der anderen Seite die Aufrechterhaltung der für das Funktionieren unserer Gesellschaftsordnung notwendigen Medienfreiheit. Die besondere Schwierigkeit liegt darin, dass es auf beiden Seiten um Persönlichkeits- oder Grundrechte geht. Wieso es zu Fehlleistungen des Mediensystems kommen kann und welche Möglichkeiten es gibt, ihnen gegenzusteuern bzw die Interessen der Informationsempfänger im Sinne des Funktionierens einer demokratischen Öffentlichkeit zu wahren, wird in den Beiträgen von Univ.-Prof. i.R. Dr. Helmut Koziol vom Institut für Europäisches Schadenersatzrecht und Dr. Josef Seethaler von der Kommission für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung erörtert.

Das angesprochene Spannungsverhältnis zwischen dem Rechtsgut der Informations- und Medienfreiheit und den schützenswerten

Interessen von Einzelpersonen wird schließlich im letzten Abschnitt des Buches unter der Perspektive der sachgerechten Haftung der Massenmedien diskutiert. Zweifellos gehört dieses Spannungsverhältnis zu den heikelsten medienrechtlichen und medienpolitischen Fragen überhaupt – und es gewinnt durch die steigende Zahl an Blogs, Communities und Videoplattformen weiter an Bedeutung. Die Problematik wird dann besonders akut, wenn es um Schäden geht, die durch unzutreffende Mitteilungen verursacht worden sind. Gerade das Interesse der Gesellschaft an möglichst umfassender und aktueller Information kann auch eine besondere Gefährdung der von der Berichterstattung betroffenen Personen bedeuten. Unter welchen Bedingungen trifft die Medien eine Haftung für von ihnen verursachte Schäden? Vor welchen Problemen steht die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen? Gibt es die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen den allgemeinen Interessen der Gesellschaft und den Interessen jener Einzelpersonen, die gerade durch die Umsetzung der Allgemeininteressen zu Schaden kommen? Wie kann ein solcher Ausgleich in grenzüberschreitenden Konstellationen erfolgen? Mit diesen Fragen beschäftigen sich die Beiträge von Hon.-Prof. Dr. Peter Schiwy, Rechtsanwalt in Berlin und früherer Intendant von RIAS Berlin und des Norddeutschen Rundfunks, von Univ.-Prof. i.R. Dr. Helmut Koziol und von Dr. Thomas Thiede, LL.M. beide vom Institut für Europäisches Schadenersatzrecht.

Die in den wissenschaftlichen Beiträgen – kritisch, lösungsorientiert und durchaus auch kontrovers – geführte Auseinandersetzung ist nicht *l'art pour l'art*. Vielmehr gründet sie in der medienpolitischen Situation in Österreich. Sie wird, aus unterschiedlichen Perspektiven, zu Beginn des Buches von zwei Journalisten kritisch beschrieben, die ausgewiesene Kenner der Materie sind: Dr. Andreas Unterberger und Harald Fidler. Beide vermissen eine von partei- und machtpolitischen Interessen freie Medienpolitik, die jene Rahmenbedingungen schafft, in denen die Medien ihre demokratischen Funktionen erfüllen können. Zuvor leitet die Präsidentin des Obersten Gerichtshofes, Dr. Irmgard Griss, mit hohem Engagement die Debatte über einen – im besten Sinn – medienpolitischen Handlungsbedarf ein, die, so hoffen die Herausgeber, durch dieses Buch in die Öffentlichkeit getragen und weitergeführt wird.

Die vornehmste Pflicht von Herausgebern ist es, Dank zu sagen. Herzlicher Dank geht an Verleger Mag. Jan Sramek für freundliche und sachkundige Betreuung, an Frau Blanka Heckermann, Mag. Markus Kellner, Mag. Florian Sommer und insbesondere Mag. Marlene Steininger für ihre Mitarbeit beim Redigieren der Manuskripte und schließlich – und vor allem – an die Autoren, die durch ihre hohe Kooperationsbereitschaft ein rasches Erscheinen dieses Buches ermöglichten.

Wien, im August 2010

Die Herausgeber